

Was soll und kann Bürgerengagement leisten?

Zur Übertragung von Verantwortung für die regionale Daseinsvorsorge an die Bürger: Nahversorgung und Feuerwehr im Vergleich

von Winfried Eberhardt, Patrick Küpper und Annett Steinführer

In ländlichen Regionen sind Kultur, Sport und Feuerwehr ohne bürgerschaftliches Engagement kaum denkbar. Hier verantworten Menschen seit Langem Leistungen, die in großen Städten oft hauptamtlich Beschäftigte erbringen. In jüngster Zeit sind weitere Felder hinzugekommen wie der Bürgerbus, die Energiegenossenschaft oder der Bürgerladen. Einerseits rufen Politik und Verwaltung zu solch bürgerschaftlichem Engagement auf. Andererseits sind Bürger zur Selbsthilfe gezwungen, wenn Versorgungsangebote wegfallen. Vor diesem Hintergrund stellen sich die Fragen, welchen Beitrag Bürger in ländlichen Räumen bereits zur Daseinsvorsorge leisten und mit welchen Herausforderungen sie zu kämpfen haben. In diesem Beitrag werden zwei Bereiche verglichen: Bürgerschaftliches Engagement wird in der Nahversorgung seit einigen Jahren verstärkt diskutiert, weil sich die großen Handelsketten aus kleinen Gemeinden zurückziehen, traditionelle Dorfläden aufgeben und das Genossenschaftswesen im Trend liegt. Im Gegensatz dazu bauen Feuerwehren traditionell auf Ehrenamt. Doch ändern sich Freizeitgewohnheiten, die Jugend wandert ab, und viele Feuerwehrleute arbeiten selbst weit entfernt vom Einsatzgebiet ihrer Heimatwehr.

Unter Daseinsvorsorge fassen wir all jene Infrastrukturen und Dienstleistungen, die für die Gestaltung und Wiederherstellung von Alltag von grundlegender Bedeutung sind.¹ Bürger und politische Entscheidungsträger schätzen jeweils subjektiv ein, welche Versorgungsqualität zu welchen Kosten angemessen ist. In Deutschland ist es ein zentrales Ziel des Staates, die Daseinsvorsorge flächendeckend zu gewährleisten und Benachteiligungen aufgrund des Wohnortes zu begrenzen, ohne dass die öffentliche Hand selbst immer der Leistungserbringer ist. Spätestens seit den 1990er-Jahren haben Staat und Kommune unter den Leitbildern des »neuen Steuerungsmodells«, des »schlanken Staates« oder der »Dienstleistungskommune« immer mehr Leistungen privatisiert. Dadurch sollten Kosten eingespart und die Kundenorientierung verbessert werden. Weitere Treiber sind der Bevölkerungsrückgang und die Alterung sowie damit verbundene Versorgungsprobleme in der Fläche. Bei rückläufiger Bevölkerung kommen Einrichtungen an die Grenze ihrer wirtschaftlichen Rentabilität oder Funktionsfähigkeit. Kommunale Finanzengpässe zwingen zusätzlich zur Reduzierung von Angeboten.

In dem Maße, in dem sich öffentliche, private und freie Träger aus der Finanzierung und Bereitstellung

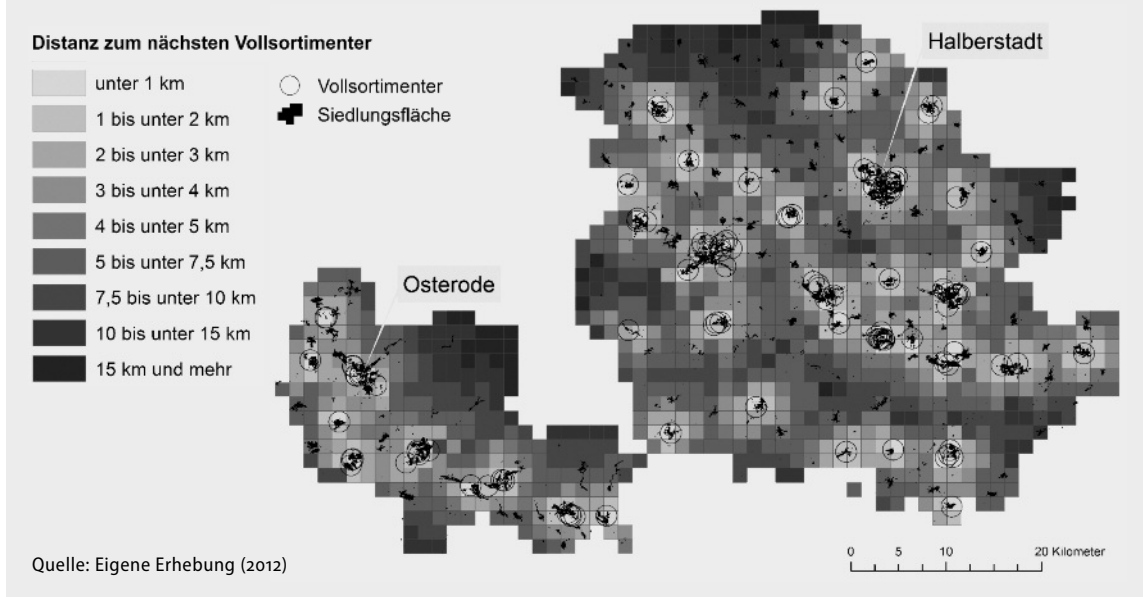
der Daseinsvorsorge insbesondere in den wirtschaftlich schwachen, vom demographischen Wandel besonders betroffenen Regionen zurückziehen, wachsen die Möglichkeiten bzw. Notwendigkeiten von Bürgerengagement. Die Übertragung von Aufgaben der Daseinsvorsorge an die Bevölkerung wird normativ unter dem Stichwort »Bürgerkommune« häufig positiv gesehen. Bürger erhalten damit die Möglichkeit, sich für ihre Gemeinde zu engagieren und die Qualität ihrer Versorgung zu einem gewissen Grad mitzubestimmen. Daher verwundert es nicht, dass bürgerschaftliches Engagement auch für die Übernahme von Daseinsvorsorge von der Politik gefordert und teils gefördert wird. Beispiele sind die Nationale Engagementsstrategie der Bundesregierung oder das Handlungskonzept der Neuen Bundesländer »Daseinsvorsorge im demographischen Wandel zukunftsfähig gestalten«.

Engagement für die Nahversorgung

Herausforderungen

Seit Jahrzehnten ziehen sich Versorgungseinrichtungen für Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs aus ländlichen Räumen zurück. Bundesweit hat sich

Abb. 1: Erreichbarkeit der Nahversorgung in den Landkreisen Harz und Osterode am Harz



z. B. die Zahl der Lebensmittelgeschäfte von 1990 bis 2010 mehr als halbiert.² Die Zahl der Läden mit weniger als 400 Quadratmeter Verkaufsfläche, die insbesondere ländliche Orte versorgen, ist noch viel stärker zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich die Verkaufsfläche der verbliebenen Märkte deutlich vergrößert, und die Öffnungszeiten wurden erheblich ausgedehnt. Wie Abbildung 1 am Beispiel zweier Landkreise im Harz zeigt, konzentrieren sich in den ländlichen Zentren meist mehrere Anbieter. Die kleinen Orte unter 5.000 Einwohner bieten für die großen Lebensmittelketten kaum interessante Standorte mehr; hier fehlen deshalb oft fußläufig erreichbare Angebote. Die nicht-automobile Bevölkerung ist davon besonders betroffen und meist auf die Unterstützung von Familie und Nachbarn angewiesen. Zugleich gehen mit dem Wegfall von Angeboten vor Ort auch bestimmte soziale Funktionen, wie Treff- oder Identifikationspunkte, verloren.

Die Rolle der Bürger

Zunächst bilden die Bürger als Konsumenten die Nachfrageseite des Marktes ab. Diese hat sich ebenfalls stark gewandelt. Immer mehr Verbraucher kaufen nicht mehr primär an ihrem Wohnort ein, selbst wenn dort Möglichkeiten bestehen. Denn sie leben heutzutage viel mobiler und Ansprüche an Preis und Auswahl haben sich erhöht. Deshalb ist vielerorts trotz ausgedünnten Angebotes die Zufriedenheit mit der Versorgungssituation insgesamt relativ hoch.³ Mit einer wachsenden Zahl Hochbetagter und ausgedünnten familiären Netzwerken ist jedoch von einer abnehmenden Zufriedenheit auszugehen.

Die Bürger initiieren und betreiben aber auch selbst Läden. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass sich die Kunden im Einzugsgebiet mit »ihrem« Laden identifizieren und verstärkt lokal einkaufen, selbst wenn der Preis höher und die Auswahl geringer sind. Eine Befragung von mehr als 100 Nahversorgungspunkten bis ca. 400 Quadratmeter Verkaufsfläche zeigte 2012, dass bürgerschaftliches Engagement in insgesamt 43 Fällen eine Rolle spielte.⁴ Teils ging die Gründungsinitiative auf Bürger zurück, teils stellten sie das Kapital zur Verfügung, teils arbeiteten sie im Betrieb oder im Management ehrenamtlich mit. In einigen Fällen führten Bürger bauliche Maßnahmen in Eigenleistung durch oder gründeten einen Förderverein. Wenn sich die Bürger für den Laden engagierten, fanden die befragten Betreiber dies meist sehr wichtig für den Aufbau und Betrieb des Ladens. Der Umsatz war bei den Bürgerläden signifikant niedriger als bei den übrigen Läden. Demnach ist das bürgerschaftliche Engagement für das Überleben der Läden an ungünstigen Standorten von großer Bedeutung.

Lösungswege

In einem Dorf mit ca. 1.300 Einwohnern schloss im Herbst 2007 die Metzgerei und damit die letzte Nahversorgungsmöglichkeit.⁵ Daraufhin formierte sich 2008 eine Bürgerinitiative, der von Anfang an klar war, dass sie keinen privatwirtschaftlichen Betreiber für ein Geschäft in ihrem Dorf finden würde. Im ersten Schritt wurde eine Machbarkeitsstudie durchgeführt. Der Berater stellte wirtschaftliches Potenzial für einen Laden im Ort fest. Daraufhin wurden die Haushalte des Dor-

fes nach ihrer Nutzungsabsicht, den gewünschten Zusatzdienstleistungen und ihrer Bereitschaft, sich an einer Trägergesellschaft zu beteiligen, befragt. Die positive Resonanz führte zur Gründung eines Vereins. Mitglieder sollten einmalig mindestens 100 Euro Beitrag entrichten. Rund 220 Bürger zahlten durchschnittlich 230 Euro, und die Gemeinde beteiligte sich mit einem Anteil von 5.000 Euro, so dass ein Stammkapital von 52.000 Euro zusammenkam. Um die Haftung der Bürger auszuschließen, gründete der Verein den Laden als GmbH. Der Umbau einer geschlossenen Gaststätte zum Ladengebäude kostete rund 30.000 Euro und erfolgte weitgehend ehrenamtlich. Der Ladenbetrieb startete 2010 mit einem großen Anteil ehrenamtlicher Kräfte.

Dem hohen dauerhaften Engagement weniger und dem punktuellen Helfen vieler Bürger steht die bisher geringe Nutzung gegenüber. Der in der Machbarkeitsstudie prognostizierte Umsatz wurde bislang nicht erreicht; und etwa zehn bis 15 Prozent mehr Umsatz wären nötig, um den Betrieb des Ladens langfristig abzusichern. Den eigentlichen Gewinn bemessen die Verantwortlichen aber weniger finanziell als vielmehr in der Steigerung der Lebensqualität und der Festigung des Gemeinschaftsgefühls. Zudem richten die Betreiber das Waren- und Dienstleistungsangebot an den Bedürfnissen der Dorfbewohner und nicht allein an Renditerwartungen aus. Feste und Sonderaktionen sind immer wieder wichtig, um den Laden im Bewusstsein der Dorfbewohner zu verankern, damit das Engagement – als Ehrenamtliche oder Käufer – nicht abbricht.

Um ein kontinuierliches und stärkeres Engagement zu erreichen, hätten die Verantwortlichen im Nachhinein einiges anders gemacht: Der Mindestbeitrag zum Startkapital des Ladens war zu niedrig bemessen, um eine starke Bindung an den Laden zu bewirken und damit mehr Haupteinkäufer zu gewinnen. Ein weiterer Fehler bestand darin, potenziell interessierte Bürger nicht persönlich anzusprechen. Neben dem ohnehin aktiven Drittel wäre das etwa ein weiteres Drittel der Dorfbewohner gewesen.

Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr

Herausforderungen

Abwehrender Brandschutz und technische Hilfeleistung sind kommunale Pflichtaufgaben. Die flächendeckende Präsenz von Feuerwehren, die weitgehend erfolgreiche Gefahrenabwehr und ihre vielfältigen sozialen Funktionen besonders in ländlichen Räumen haben die tiefgreifenden Probleme vieler Ortswehren lange Zeit überdeckt. Wolter spricht von einer »schleichenden und stetigen Erosion« der Freiwilligen Feuerwehren.⁶ Die Ursachen reichen weit über den vielzitierten »demographischen« Wandel hinaus und verweisen auf Arbeitsmärkte mit gestiegenen Mobilitäts- und Flexi-

bilitätsanforderungen, verlängerte Ausbildungen an anderen Orten als dem Heimatort, geringe Rückkehrneigungen der Abwanderer und erweiterte Möglichkeiten der Freizeitgestaltung.

Zugleich unterliegen Aufgabenspektrum und -fülle der Freiwilligen Feuerwehren einem Wandel. Zwischen 1991 und 2010 stieg die Zahl ihrer Einsätze um 35 Prozent.⁷ Diese Entwicklung verlief nicht linear. Extremereignisse wie das Hochwasser 2002 und 2013 oder Stürme (wie 2007) beeinflussen die Einsatzhäufigkeit stark. Brände und Explosionen blieben (mit Ausnahme einzelner Jahre, wie dem Hitzesommer 2003) relativ konstant, verloren aber relativ gesehen an Bedeutung. Absolut und relativ stark zugenommen haben technische Hilfeleistungen sowie Fehlalarme.

Die Rolle der Bürger

Ohne Bürger keine Feuerwehr – dieses sich im 19. Jahrhundert durchsetzende Modell gilt bis heute. Unter etwa einer Million Aktiven in Freiwilligen Feuerwehren wurden 2010 gerade 6.400 Hauptamtliche (weit weniger als ein Prozent) gezählt. Gemeinsam mit knapp 38.000 hauptamtlich Beschäftigten bei Berufs- und anerkannten Werkfeuerwehren stellten sie gerade drei Prozent aller Aktiven in Deutschland.

Doch zwischen 1991 und 2006 sank die Zahl der in Freiwilligen Feuerwehren Engagierten von 1,163 auf 1,036 Millionen (minus elf Prozent). Starke Bevölke-

Tab. 1: Feuerwehrinterne Anpassungsmaßnahmen und -strategien

Strategien	Maßnahmen
Umbau Organisationsstrukturen	<ul style="list-style-type: none"> – Zug-/Rendezvous-Konzept im Einsatz – Zusammenarbeit außerhalb des Einsatzes – Zentralisierung/Fusionen – (faktische) Doppelmitgliedschaft – Spezialisierung/Arbeitsteilung – Einsatz Hauptamtlicher, »Quasi-Professionalisierung«
Mitglieder-gewinnung	<ul style="list-style-type: none"> – verstärkte Nachwuchsarbeit – Ansprache neuer Mitgliedergruppen – (sonstige) Werbung
Setzung von Anreizen	<ul style="list-style-type: none"> – materielle Anreize – symbolische Anerkennungen – hochwertige Ausbildung – moderne Technik – Unterstützung durch Behörden und Politik
Problematisierung und Bewusstseinsbildung	<ul style="list-style-type: none"> – vorausschauende/strategische Planung – Erarbeitung flexibler Konzepte – Analyse-/Positionspapiere
Technologische Veränderungen	<ul style="list-style-type: none"> – elektronische/digitale Alarmierung

Quelle: Steinführer 2013

Tab. 2: Bürgerengagement im Vergleich von Nahversorgung und Feuerwehr

	Nahversorgung	Feuerwehr
Rahmenbedingungen	hoher Wettbewerbsdruck durch professionelle Konkurrenten	kommunale Pflichtaufgabe; Monopol
Organisationsform	je nach gewählter Rechtsform (z. B. Genossenschaft, wirtschaftender Verein)	spezialisiert, quasi-professionell, ausgeprägte interne Hierarchie und Arbeitsteilung
Aufgabenspektrum	Mitarbeit im Ladenverkauf und -management, Fahrten für Hol- und Bringdienst, Kapitalgeber	Gefahrenabwehr und -vorbeugung, technische Hilfe, Weiterbildung, Dienstleistungen für Gemeinde
Generelle Anforderungen	breite Unterstützung aus der Dorfgemeinschaft; Geschick im Umgang mit den Kunden	Sportlichkeit, Interesse für Technik
Qualifikationsanforderungen	neben der Fachkraft für Hygiene und Kühlketten ungelernete Kräfte einsetzbar; betriebswirtschaftliche Kenntnisse	Spezialisierungen, Weiterbildungen
Zeitliche Anforderungen	teils kontinuierlich, teils punktuell, aber relativ planbar	potenziell permanente Verfügbarkeit, nahezu nicht-kalkulierbare Einsatzzeit und -häufigkeit
Altersstufe	keine Beschränkung	Altersbegrenzung nach unten und oben
Risiken	Streit zwischen den Verantwortlichen; finanzielles Risiko der Kapitalgeber, Missmanagement, sozialer Druck, Konkurrenz zu privaten Angeboten	hohe psychische Belastung, Verletzungen
Besonderheiten	doppelte Funktion der Bürger als Anbieter und Nachfrager	(weiterhin) genderspezifisch

Quelle: eigene Zusammenstellung

rungschumpfung korrelierte zwar mit dem Rückgang an ehrenamtlichen Feuerwehrleuten, doch übertraf dieser in allen Flächenländern den der Bevölkerung bzw. war auch dann negativ, wenn die Einwohnerzahl stieg. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Feuerwehrfrauen im Bundesgebiet um 54 Prozent zu, doch konnte dies den Negativtrend nicht umkehren.

Zugleich sagt die Zahl der Aktiven wenig aus. Vielmehr ist die Frage der Tageseinsatzbereitschaft zu stellen. Wolter ermittelte in einer bundesweiten Befragung, dass 86 Prozent der Wehren mit werktäglichen Defiziten bei der Personalrekrutierung kämpfen.⁸ In Sachsen-Anhalt waren 2009 und 2011 weniger als 40 Prozent aller Ortsfeuerwehren des Landes werktags zwischen sechs und 18 Uhr mindestens in Löschstaffelstärke (sechs bis acht Einsatzkräfte) einsatzbereit.⁹

Doch auch die Funktionsstärke ist nur ein Aspekt der Gewährleistung der Schutzziele. In Kombination von Eintreffzeit, Einsatzkräften und Ausrüstung stellte z.B. die Stadt Halberstadt (ebenfalls in Sachsen-Anhalt) fest, dass sie ihr Ziel von 80 Prozent Erfüllung 2008 und 2009 (61 bzw. 62 Prozent) nicht gewährleisten konnte.¹⁰ Doch stellen solche konkreten Quantifizierungen eine Ausnahme dar. Vielmehr erfolgen Kontrollen der tatsächlichen Leistungserbringung »bisher nicht oder nur mit äußerster Zurückhaltung«.¹¹

Lösungswege

Eine explorative Studie auf der Basis von leitfadengestützten Interviews untersuchte 2012, wie sich Probleme der Aufgabenerfüllung aus Sicht Freiwilliger Feuerweh-

ren in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt darstellen und welche Gegenmaßnahmen entwickelt werden.¹² Der Umbau der Organisationsstrukturen ist die Hauptanpassungsstrategie der Feuerwehren zur Erfüllung der Schutzziele. Dazu gehören Rendezvous-Konzepte (Aktive mehrerer Wehren treffen sich am Einsatzort), Doppelmitgliedschaften in der Heimatwehr und der Wehr am Arbeitsort, partiell der Rückgriff auf Hauptamtliche (z. B. für die Geräterwartung), aber auch Zusammenlegungen von Nachbarwehren.

Vier weitere Anpassungsstrategien lassen sich unterscheiden (vgl. Tab. 1). Viele Feuerwehren unternehmen seit Jahren verstärkte Anstrengungen zur Mitgliederwerbung, indem z. B. Frauen oder Migranten aktiv angesprochen werden und Nachwuchsarbeit bereits im Kindesalter einsetzt. Moderne Technik und Weiterbildungsangebote sollen als Anreize zum Mitmachen dienen. Darüber hinaus funktioniert auch das Ehrenamt Feuerwehr heute nicht mehr ohne strategische Planung und flexible Organisationsentwicklungskonzepte (wie die erwähnten Risikoanalysen). Schließlich sind technologische Anpassungsmaßnahmen zu nennen, vor allem die noch nicht überall umgesetzte digitale Alarmierung, die in der teureren Variante auch die Möglichkeit einer negativen Rückmeldung bei Nicht-Verfügbarkeit ermöglicht.

Keine der in Tabelle 1 aufgeführten fünf Anpassungsstrategien stellt das Grundprinzip des flächendeckenden Ehrenamts in Frage. Auch beruhen fast alle Maßnahmen auf internen Anpassungsbemühungen und damit wiederum auf Ehrenamt. Ob die Anstren-

gungen auf Dauer ausreichen werden, um die Aufgaben fristgerecht und mit den nötigen Einsatzkräften zu sichern, ist eine offene und durch die Feuerwehren und kommunalen Verantwortlichen immer wieder neu zu beantwortende Frage.

Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerengagement

Mitwirkung der Bürger in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge hat zwar eine lange Tradition, stellt sich jedoch in den einzelnen Feldern unterschiedlich dar (vgl. Tab. 2). Nahversorgung und Feuerwehren verbindet, dass sie in ländlichen Räumen als soziale Schlüsseleinrichtungen und Integrationsorte gelten, deren Funktion weit über die Versorgung mit Gütern des Alltags bzw. der Hilfe im Gefahrenfall hinausgeht.

Bürgerschaftliches Engagement kann in ländlichen Räumen viel bewirken, doch bleiben andere Akteure – ob Wirtschaftsunternehmen oder Staat – in der Verantwortung. Die prekäre Situation vieler Bürgerläden und die nicht mehr überall gewährleistete Schutzzielerfüllung durch die Freiwilligen Feuerwehren sind dafür deutliche Belege.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

► Oliver Tamme: »Wenn der Postfuchs nicht mehr winkt« – Daseinsvorsorge auf dem Land am Beispiel der Postfilialnetze in Deutschland, Österreich und der Schweiz. In: Der kritische Agrarbericht 2009, S. 171–174.

Folgerungen & Forderungen

- Vor dem Hintergrund von Einwohnerrückgängen in relevanten Altersgruppen und steigenden Anforderungen im Berufsleben wird die Aufrechterhaltung des aktuellen Niveaus bürgerschaftlichen Engagements zur Herausforderung. Die oft mehrfach Engagierten dürfen nicht überlastet werden, so dass die Übertragung neuer Aufgaben keine flächendeckende Option ist.
- Bürgerengagement in der Nahversorgung und bei den Feuerwehren funktioniert ohne Begeisterung, langen Atem und Unterstützungsstrukturen nicht.
- Nahversorgungseinrichtungen brauchen Kunden, die von Beginn an eingebunden werden müssen. Ein attraktives Angebot zur Grundversorgung erfordert trotz ehrenamtlicher Mitarbeit einen gewissen Mindestumsatz, so dass das Einzugsgebiet nicht beliebig klein sein kann (mindestens etwa 1.000 Einwohner im Ort).
- Feuerwehren und Kommunen müssen sich einem ehrlichen Monitoring hinsichtlich der Erfüllung der Schutzziele stellen. Auf dieser Basis sind mit den Landkreisen, Ländern und Verbänden ortsangepasste Lösungswege zu suchen.

Anmerkungen

- 1 A. Steinführer, P. Küpper und A. Tautz: Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternierenden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. Braunschweig 2012.
- 2 T. Krüger et al.: Qualifizierte Nahversorgung im Lebensmittel-einzelhandel. Hamburg/Regensburg 2013, S. 8.
- 3 M. Adamovicz et al.: Nahversorgung 2010. Eine Studie der BBE Handelsberatung GmbH und der IPH Handelsimmobilien GmbH. München 2009, S. 84 f.
- 4 P. Küpper und W. Eberhardt: Nahversorgung in ländlichen Räumen. BMVBS-Online-Publikation 02/2013.
- 5 Siehe Anm. 4.
- 6 F. Wolter: Die Freiwilligen Feuerwehren in Österreich und Deutschland. Eine volkswirtschaftlich-soziologische Bestandsaufnahme. Wiesbaden 2011, S. 375.
- 7 Deutscher Feuerwehrverband (DFV): Feuerwehr-Jahrbuch Jg. 27–46. Das Feuerwehrwesen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1992–2012. Wenn nicht anders vermerkt, stammen alle deutschlandweiten Daten aus den Feuerwehr-Jahrbüchern.
- 8 Siehe Anm. 6, S. 152.
- 9 Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt: Projekt »Feuerwehr 2020«. Abschlussbericht. Magdeburg o. J. [2013], S. 36 f.
- 10 Stadt Halberstadt: Risikoanalyse und Brandschutzbedarfsplan der Stadt Halberstadt. Halberstadt o. J. [2011], S. 33.
- 11 Siehe Anm. 6, S. 372.
- 12 Siehe Anm. 1 sowie A. Steinführer: Freiwillige Feuerwehren als Einrichtungen der Daseinsvorsorge – tradiertes Ehrenamt im gesellschaftlichen Wandel. In: M. Jenki, N. Ellebrecht und S. Kaufmann (Hrsg.): Organisationen und Experten des Notfalls. Zum Wandel von Technik und Kultur bei Feuerwehr und Rettungsdiensten. Münster (im Druck).



Winfried Eberhardt

Geograph mit Arbeitsschwerpunkten Lebensverhältnisse, demographischer Wandel und Politikfolgenabschätzung in ländlichen Räumen

E-Mail: winfried.eberhardt@ti.bund.de



Dr. Patrick Küpper

Geograph mit Arbeitsschwerpunkten Daseinsvorsorge, demographischer Wandel und regionale Steuerungsprozesse

E-Mail: patrick.kuepper@ti.bund.de



Dr. Annett Steinführer

Sozialwissenschaftlerin mit Arbeitsschwerpunkt Lebensverhältnisse und demographischer Wandel in ländlichen Siedlungen

E-Mail: annett.steinfuehrer@ti.bund.de

Gemeinsame Postanschrift: Thünen-Institut für Ländliche Räume
Bundesallee 50, 38116 Braunschweig